



## Mittagspost, Ausgabe 4/14

### Feuertaufe bestanden

Wer wusste wann was über wen? Manchmal möchte man gar nicht so tief in die Einzelheiten eindringen, die zu einem Menschen gehören. Doch der Fall Sebastian Edathy hat einiges an Informationen nach oben gespült, die einen alles andere als froh machen. Eine dadurch ausgelöste Krise der Großen Koalition, die vor allem die Medien immer wieder mit drastischen Worten beschreiben, ist bei den Fachdiskussionen zum Beispiel in der Fraktionssitzung nicht zu spüren. Doch oft melden sich ja auch genau diejenigen zu Wort und gießen unnötig Öl ins Feuer, die weit weg sind und vielleicht noch nicht einmal zuständig. Im Interesse eigener Profilierung sind offensichtlich viele Mittel recht.

Mit guten Wünschen Eure

Der Innenausschuss hat am Mittwoch die Verantwortlichen befragt, die mit dem Fall Edathy zu tun haben, den Chef des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, Innenminister Thomas de Maiziere und natürlich den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Thomas Oppermann. Offene Briefumschläge, unklare Informationswege und Zuständigkeiten, Ermittlungswege und Meldepflichten wurden erörtert und die in der Öffentlichkeit dargestellten Probleme ließen sich nachvollziehbar erklären. Es ist deutlich geworden, dass ein relativ großer Kreis von Leuten bereits seit Oktober von drohenden Ermittlungen gegen Edathy gewusst hat. Das habe ich auch gegenüber der örtlichen Presse deutlich gemacht.

Eine ergänzende Sitzung gibt es am Freitag ab 15.00 Uhr auf Wunsch der Grünen mit Gästen zur Klärung weiterer Fragen.

Am Donnerstag habe ich meine erste Rede im Bundestag gehalten. Es ist ein durchaus erhebender Augenblick, wenn man am Pult den Plenarsaal in seiner Größe aus dieser Perspektive wahr nimmt.

Gesprochen habe ich zu einem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU, Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen zu den Beschlussempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses aus der vergangenen Legislaturperiode. In dem Antrag bekräftigen wir diesen Beschluss und fordern die Bundesregierung auf, die Empfehlungen zügig und umfassend umzusetzen. Ich habe in meinem etwa fünf minütigen Beitrag darauf hingewiesen, dass mehr Sachmittel und Personal nötig sind, um damit bei der Polizei die Beschlussempfehlungen umsetzen zu können. Ich habe darauf hingewiesen, dass trotz aller festgestellten Ermittlungsmängel die Polizei nicht durchgängig rassistisch ist. Nach der Rede gab es Glückwünsche im Plenarsaal, aber auch viele Mails und sms aus dem Wahlkreis, das hat mich sehr gefreut.

Die Rede ist auf <http://www.susanne-mittag.info/> und bei <https://de-de.facebook.com/susanne.mittag.9> anzusehen



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

## In Berlin im Gespräch

Petra Gestenkamp, stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Müttergenesungswerks, hat gemeinsam mit Geschäftsführerin Anne Schilling bei einem Parlamentarischem Frühstück über die Angebote für kurbedürftige Mütter informiert. Das Müttergenesungswerk, das von den Wohlfahrtsverbänden getragen wird, leistet da ja schon seit mehr als 60 Jahren tatkräftige Unterstützung für gestresste Mütter und deren Kinder. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr 120.000 Mütter und Kinder an Vorsorge- und Reha Maßnahmen teilnehmen. Inzwischen bietet das Müttergenesungswerk auch Kurmaßnahmen für Väter und für Pflege von Angehörigen. Informationen über Mütter-



Kuren gibt es unter [www.muetttergenesungswerk.de](http://www.muetttergenesungswerk.de), im Wahlkreis informiert u.a. das Diakonische Werk Großenkneten/Hatten/Wardenburg Am Esch 11, 26197 Großenkneten Tel.04435 5008 E-Mail: [alves.diakonie.ol-land@ewetel.net](mailto:alves.diakonie.ol-land@ewetel.net)

Wenn Sitzungswoche in Berlin ist, warten vor den Eingängen zu den Büros des Bundestages die schwarzen Limousinen des Fahrdienstes. Innerhalb des Berliner Stadtgebietes können sich Abgeordnete zu den diversen Terminen in Ministerien oder zu Verbänden und den Treffen bei parlamentarischen Abenden fahren lassen. Die SPD hatte bereits häufiger kritisiert, dass die Fahrer schlecht bezahlt werden, die Grünen stören sich daran, dass der Bundestag mit den Wagen die Klimaziele nicht einhält. Der Fahrdienst, der von der Firma RocVin angeboten wird, musste Insolvenz anmelden. Möglicherweise müssten die Abgeordneten auf Taxis ausweichen, war in der Presse zu lesen. Für mich kein Grund zur Beunruhigung: ich bin mobil, mit einem schönen und praktischen roten Fahrrad



Termine– Termine

In den nächsten 2 Wochen mache ich drei Schulbesuche– im Max Planck-Gymnasium, in der Hauptschule West und in der Oberschule Rodenkirchen. Am 3. März Treffen der Landesgruppe mit der Landtagsfraktion in Hannover u.a. ein Gespräch mit Innenminister Boris Pistorius, . Am 4.

März Nominierungskonferenz für Klaus Budzin als Bürgermeisterkandidat

Am 6. März halte ich beim Treffen des Bundes Deutscher Schiedsleute in Bad Zwischenahn ein Grußwort.

Am 7. März Treffen der SGK mit Bürgermeistern bei dem Präsidenten des Bremer Senats, Jens Böhrnsen, in Bremen

**Am 8. März ist Internationaler Frauentag– ab 10. März bin ich wieder in Berlin**

## In Berlin im Gespräch

„Ick seh di“: den Norddeutschen muss man ja nicht erklären, was der Spruch bedeutet, vor allem wenn man dazu den Zinnlöffel mit dem Schnaps in der Hand hält. Der Trinkspruch ist ebenso bekannt und beliebt wie das traditionelle Grünkohlessen der Stadt Oldenburg. Mehr als 300 Gäste waren in der niedersächsischen Landesvertretung dabei und man habe in der Küche dafür 200 kg Grünkohl, 60 kg Fleischpinkele, 95 kg Kasseler-Kotelett ohne Knochen, 50 kg Kochmettwurst und, 38 kg geräucherten Speck verarbeitet. Erstmals ist mit dem türkischen Botschafter Hüseyin Avni Karşlıoğlu ein internationaler Kohlkönig gekürt worden, der in einer launigen Antrittsrede fragte, ob er ob seiner Herkunft nicht eher ein Kohlsultan statt ein Kohlkönig sei.



### Gut zu wissen!

Derzeit werden falsche Musteranträge in Umlauf gebracht, mit denen man die Neuberechnung von Kindererziehungszeiten bei der Deutschen Rentenversicherung beantragen soll. Diese Anträge sind falsch. Die Neuberechnung von Zeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, von Amts wegen erfolgt und nicht beantragt werden muss.

In den "Anträgen" wird zudem von einer Anrechnung von drei Jahren Kindererziehungszeit ausgegangen, wie sie Müttern zusteht, deren Kinder nach 1992 geboren wurden. Auch dies ist falsch. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung ist die zusätzliche Anerkennung von einem Jahr Kindererziehungszeit pro Kind für vor 1992 geborene Kinder vorgesehen. Dadurch erhöht sich die Rente für betroffene Mütter und Väter pro Kind um einen Entgeltpunkt auf insgesamt zwei Entgeltpunkte.

## Veranstaltungen im Wahlkreis

Am 1. März kommt Ulla Schmidt, ehemaligen Gesundheitsministerin und Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe zum 50 jährigen Jubiläum der Lebenshilfe im Landkreis nach Delmenhorst. Nach dem Festakt in der Markthalle nimmt sie sich noch Zeit und wir besuchen gemeinsam den Standort Hatten- Sandkrug der Gemeinnützigen Werkstätten e.V. Unter dem Motto „ Alles unter einem Dach- Arbeiten- Betreuen- Fördern“ werden wir im kleinen Kreis von Interessierten mit Ulla Schmitt zwischen 14.30 und 16.00 Uhr ins Gespräch kommen. Bei Interesse an einer Teilnahme bitte ich um Rücksprache in meinem Berliner Büro unter 030 22778171